Berliner Staatssekretärin Chebli im August 2021 in Berlin: Susi ist Vergangenheit
Foto: Reto Klar / Funke Foto Service

Chancen und Probleme nach der Ära Merkel

S+ Ist Deutschland nun ein Einwanderungsland – oder nicht?

Angela Merkel hat Deutschland offiziell zum Einwanderungsland erklärt. Millionen Menschen kamen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten hierher. Aber haben sie auch eine Heimat gefunden?

Von **Katrin Elger** und **Jan Friedmann**
29.09.2021, 00.33 Uhr • aus **DER SPIEGEL 54/2021**

S+ Artikel zum Hören • 25 Min

In der Grundschule wurde sie von allen Susi genannt. Ein deutscher Spitzname für die Tochter palästinensischer Flüchtlinge. »Mein richtiger Name war angeblich zu kompliziert«, sagt Sawsan Chebli, 43, Staatssekretärin in der Berliner Senatskanzlei. Sie habe das akzeptiert. Jahrelang. Bis zur achten Klasse ungefähr. »Erst nachdem ich die Schule gewechselt habe, hat sich das geändert.« Seitdem steht Chebli zu ihrem arabischen Namen. Ausgesprochen wird er Sausan. »Zweimal scharfes S. Die arabische Version für Susanne. Leicht und unspektakulär«, erklärt sie. Susi ist Vergangenheit. Der Name gehöre zu einer Lebensphase, die lange vorbei sei. In der sie »unbedingt dazugehören und sich auch ein wenig verstecken wollte«.

ANZEIGE

»Ich bin Deutsche, ich bin Palästinenserin, ich bin Muslima.«

Sawsan Chebli, SPD, Berliner Staatssekretärin

Geboren ist Chebli in Berlin. Ihre Eltern kamen 1970 als palästinensische Flüchtlinge aus dem Libanon nach

Deutschland. Jahrelang waren die Cheblis und ihre 13 Kinder staatenlos.

»Ich kann mich noch genau an den Tag erinnern, als ich mit 15 Jahren endlich den deutschen Pass in den Händen hielt«, erzählt Sawsan Chebli. Sie sei sehr stolz darauf gewesen. Und es habe sie belastet, dass ihr Deutschsein ständig von anderen hinterfragt worden sei. »Ich wäre gerne deutsch ohne Zusatz gewesen.« Also ohne die ständige Erwähnung ihres palästinensischen Hintergrunds oder ihrer Religion. Heute verletze sie das nicht mehr.

ANZEIGE

Ein Angebot von

Die SPIEGEL-Gruppe ist nicht für den Inhalt verantwortlich.

»Ich bin Deutsche, ich bin Palästinenserin, ich bin Muslima, ich habe viele Identitäten nebeneinander«, sagt sie. »Das ist die Normalität in diesem Land.« Daran ändere auch nichts, dass sie Tag für Tag von Rassisten in den sozialen Medien angegriffen werde, die ihr häufig schrieben, sie solle doch endlich dorthin zurückgehen, wo sie herkomme. Im Falle Cheblis wäre das Berlin Moabit, dort ist sie aufgewachsen.

Aus: SPIEGEL SPEZIAL 1/2021

Wird der Gewinner auch zum Sieger?

Die SPD ist die Siegerin der Wahl, keine andere Partei war im Wahlkampf so erfolgreich. Doch nicht nur Olaf Scholz erhebt Regierungsanspruch, auch CDU-Kandidat Armin Laschet will ins Kanzleramt. Das Land erwartet zähe Wochen der Verhandlungen. Ein Vorgeschmack darauf, wie Politik in Zukunft funktioniert.

Lesen Sie unsere Titelgeschichte, weitere Hintergründe und Analysen im digitalen SPIEGEL.

Zur Ausgabe

Laut Statistischem Bundesamt hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. In Deutschland ist das jeder Vierte. Bei den unter Fünfjährigen sind es 40 Prozent. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die Mehrheitsverhältnisse irgendwann umkehren und Deutsche ohne Migrationsgeschichte in der Minderheit sind.

ANZEIGE

60 Jahre alt ist das Anwerbeabkommen mit der Türkei in diesem Jahr geworden. Rund drei Millionen Türkeistämmige leben inzwischen hier. »Anfangs nur ein Stück Papier, eine Verabredung zweier Regierungen, die das Leben von 2,8 Millionen Menschen, Türken und Deutschen, ja das Gesicht

unseres Landes verändern sollten«, nannte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Abkommen jüngst bei einer Festrede zu diesem Jubiläum. »Sie, Ihre Kinder, Enkel und Großenkel sind Deutschland.«

Genauso wie die zweieinhalb Millionen Spätaussiedler oder Geflüchtete wie Sawsan Cheblis Eltern aus Palästina. Auch die meisten Menschen, die 2015 aus dem Irak, Afghanistan, vor allem aber aus Syrien kamen, werden vermutlich dauerhaft bleiben. Schon jetzt haben sie dieser Gesellschaft eine neue Farbe gegeben. Arabische Wortfetzen auf den Straßen oder in den U-Bahnen deutscher Großstädte sind inzwischen Alltag. Arabische Schriftzüge an Friseurläden und Supermärkten in manchen Stadtteilen auch. Der Sozialarbeiter Shoan Vaisi flüchtete 2011 aus Iran und kandidiert nun – vor vier Jahren deutscher Staatsbürger geworden – für die Partei Die Linke für den Bundestag.

»Wir sind ein Land mit Migrationshintergrund.«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

Es sei nun an der Zeit für einen »Perspektivwechsel«, sagte Steinmeier in seiner Rede zum Anwerbeabkommen. »Sie sind nicht ›Menschen mit Migrationshintergrund‹ – wir sind ein Land mit Migrationshintergrund.«

ANZEIGE

Mach mehr aus deinem Geld
Attraktiver Festzins für 12 Monate

postbank.de

congstar Allnet Flat M
20 GB (+ jedes Jahr 5 GB mehr) mit max. 50 Mbit/s - inkl. LTE 50

congstar.de

Zarte Wäsche für Sie
Hochwertige Unterwäsche, Nachtwäsche und Bademoden

Die deutsche Politik ist nach langem Hadern in der Realität angekommen. Kanzlerin Angela Merkel hatte es im Juni 2015, also noch bevor Hunderttausende Syrerinnen und Syrer über die Balkanroute kamen, bereits bei einem Bürgerdialog gesagt: »Wir sind im Grunde schon ein Einwanderungsland.« Damit hat sie in ihrer Amtszeit offiziell bestätigt, was viele Politikerinnen und Politiker vor ihr über Jahrzehnte hinweg nicht anerkennen wollten.

Mehr zum Thema

Anwerbeabkommen mit der Türkei: Merkel würdigt »Gastarbeiter« der ersten Stunde

Das Etikett Einwanderungsland allein sagt aber weder etwas darüber aus, wie gut das Miteinander funktioniert, noch, ob sich Zuwanderer schnell integrieren. Und auch nicht darüber, ob sie, ihre Kinder und Kindeskinder eine starke emotionale Bindung zu diesem Land entwickeln. Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in Deutschland ein neues Leben begonnen. Aber haben sie auch eine Heimat gefunden? In welcher Verfassung ist dieses Einwanderungsland, das die Kanzlerin nun an ihren Nachfolger übergibt? Welche Chancen und Probleme hat sie der neuen Regierung hinterlassen?

Zentralmoschee der Ditib in Köln Ehrenfeld: Eines der markantesten Gebäude der Stadt Foto: Oliver Berg / dpa

Zwischen zwei Staaten in Köln

Der Treppenaufgang zur Kölner Zentralmoschee der türkisch geprägten Ditib ist mit Flatterband versperrt. Wer an diesem Freitag im September am Gebet teilnehmen möchte, muss über eine Wendeltreppe an der Seite nach oben gehen, wo drei junge Männer den Einlass kontrollieren. Coronaregeln, wie überall.

Frauen beten auf einer Empore. Kopftücher und weite Mäntel, um eng anliegende Hosen oder Oberteile zu verdecken, können sich Besucherinnen aus einem Kasten an der Wand nehmen. Von oben haben die Frauen einen guten Blick auf den Imam.

»Wir sind auf der Erde, um Gottes Gnade und Segen zu suchen«, predigt der Geistliche auf Türkisch. Wo dieser zu finden sei? »Vielleicht im Herzen eines anderen Menschen«, sagt er. »Vielleicht auch im Herzen eines Deutschen.«

Publizist Kayman in Köln, im Hintergrund die Ditib-Zentralmoschee: »Kein Feingefühl für die Lebensrealität deutscher Muslime« Foto: Costa Belibasakis / DER SPIEGEL

Im Jahr 2021 in einer Moschee an der Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld klingt das nicht nach Völkerverständigung, sondern

befremdlich. Viele der Gläubigen in der Moschee dürften in Deutschland geboren sein und auch die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Mehr zum Thema

Betrug mit Corona-Soforthilfen: Berliner Staatsanwaltschaft führt Dutzende Ermittlungsverfahren gegen Islamisten

Murat Kayman, 48, hatte keine Lust, sich die Predigt anzuhören. Er sitzt am selben Nachmittag ein paar Hundert Meter weiter in einem kleinen Café, trinkt Pfefferminztee und erklärt, warum er sich von der Ditib abgewandt hat. »Die Imame haben häufig keinerlei Verständnis oder Feingefühl für die Lebensrealität deutscher Muslime«, sagt er. Rund 900 Moscheevereine sind deutschlandweit im Ditib-Dachverband organisiert. Dieser sehe seine Rolle vor allem darin, die türkische Identität zu bewahren, sagt Kayman.

Er war bis 2017 Justiziar im Ditib-Bundesverband und ging im Streit. »Eine muslimische Selbstbestimmung, die sich als deutsch und türkisch zugleich verstehen will, wird als beginnende Assimilation abgelehnt und stigmatisiert«, schreibt er in seinem neuen Buch mit dem Titel »Wo der Weg zur Gewalt beginnt« über die islamischen Dachverbände in Deutschland. Darin wirft er ihnen vor, islamistischen Strömungen zu wenig entgegenzusetzen.

Gut kommt solche Kritik nicht an. Seitdem Kayman mit der Ditib gebrochen hat, wagt er nicht mehr, in die Türkei zu reisen, wo Teile seiner Familie noch immer leben. Das sei schmerzhaft, sagt er.

Weil er beim Ditib-Bundesverband in Ungnade gefallen ist, fürchtet Kayman, in der Türkei hinter Gittern zu landen. Denn der türkische Staat hat das Sagen bei der Moscheeorganisation in Deutschland. Sie ist finanziell von der staatlichen Religionsbehörde Diyanet in Ankara abhängig. Eröffnet wurde die Kölner Zentralmoschee, die zu den markantesten

Gebäuden der Stadt zählt, 2018 nicht von Steinmeier, sondern vom türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan.

Mehr zum Thema

Neuer türkischer Nationaltrainer Kuntz: »Ich will der deutscheste Türke oder türkischste Deutsche werden«
Von Peter Ahrens und Fatih Demireli

300 Zimmer und Privatstrand: Erdoğans neuer Prunkpalast erzürnt die Türken Von Anna-Sophie Schneider

EU-Spitze in Ankara: Sitzordnung bei Erdoğan sorgt für Kritik – von der Leyen muss aufs Sofa

Dieser weiß, dass ihm unzählige Türkeistämmige in Deutschland zugetan sind. Rund 1,4 Millionen von ihnen sind in der Türkei wahlberechtigt. Bei der Präsidentschaftswahl 2018 gab fast jeder Zweite seine Stimme ab. Insgesamt entschieden sich mehr als 400.000 Menschen in Deutschland, Erdoğan zu wählen.

Bei Wahlkampfveranstaltungen kann er Zehntausende mobilisieren. Erdoğan gibt ihnen das Gefühl, etwas Besonderes zu sein – als Türken und als Muslime. Die Kanzlerin hat es über all die Jahre nicht geschafft, dem etwas entgegenzusetzen – und der neuen Regierung damit ein gewaltiges Problem hinterlassen. Denn wenn ausländische Regime über türkische, arabische oder iranische Moscheen in Deutschland mitreden können, ist das ein Stressfaktor für diese Gesellschaft.

»Die neue Regierung sollte sich schnell mit der strukturellen Frage der Finanzierung von Imamen in Moscheen befassen«, sagt Caner Aver, Forscher am Zentrum für Türkeistudien in Essen. Denn wenn diese ihren Lebensunterhalt nur sichern könnten, wenn sie aus dem Ausland bezahlt würden, ließe sich das Problem der Einflussnahme dauerhaft nicht lösen. »Am besten wäre es zudem, wenn die Geistlichen auch in Deutschland ausgebildet würden.«

Mit dem Thema Islam tut sich die deutsche Politik schwer. Die gesellschaftlichen Debatten darum sind meistens hart und hässlich. Migration ist für die Politik kein Gewinnerthema, es sei denn, es wird eine Law-and-Order-Politik angekündigt. Im diesjährigen Wahlkampf spielte das Thema kaum eine Rolle.

»Es ist wichtig, zu differenzieren und immer mitzudenken, wie heterogen einzelne Minderheitengruppen sind.«

Caner Aver, Wissenschaftler am Zentrum für Türkeistudien in Essen

Ob Zuwanderung zum Erfolg oder Misserfolg wird, hängt aber auch davon ab, ob es einer Gesellschaft gelingt, heikle Probleme auszudiskutieren und anzugehen, ohne dass sich dabei Millionen von Menschen vor den Kopf gestoßen fühlen. »Es ist wichtig, zu differenzieren und auch immer mitzudenken, wie heterogen einzelne Minderheitengruppen sind«, sagt Wissenschaftler Aver. Er selbst habe eine »hybride Identität«, empfinde sich gleichzeitig als deutsch und türkisch. Einer Studie seines Instituts aus dem Jahr 2017 zufolge teilt jeder dritte Deutschtürke dieses Gefühl. Die Hälfte der Befragten sieht einzig in der Türkei ihre Heimat. 17 Prozent in Deutschland. Seine Bindung an die Türkei sei stark, sagt Aver, schon allein aus familiären Gründen. »Das lässt sich trotzdem nicht damit gleichsetzen, dass ich das politische System Erdoğans gut finde.« Hinter drei Millionen Menschen mit türkischen Wurzeln stecken eben auch drei Millionen Individuen.

In der deutschen Debatte über den Islam geht es meistens um türkisch oder arabisch geprägte Sunniten. Tatsächlich aber leben in Deutschland Schätzungen zufolge 5,3 bis 5,6 Millionen Musliminnen und Muslime aus Herkunftsländern mit ganz unterschiedlicher Prägung. Die größte Gruppe, 45 Prozent der Gläubigen, haben laut der Studie »Muslimisches Leben in Deutschland« türkische Wurzeln. Die Untersuchung entstand im Auftrag der Deutschen Islamkonferenz und wurde im Frühjahr veröffentlicht. 28 Prozent der Musliminnen und

Muslime kommen aus dem Mittleren und Nahen Osten, 8 Prozent aus Nordafrika. Die große Mehrheit der Musliminnen und Muslime der ersten Generation (82,4 Prozent) geben der Erhebung zufolge an, stark gläubig oder eher gläubig zu sein. In den Folgegenerationen sieht es ähnlich aus. 35 Prozent aller Befragten gaben an, nie eine religiöse Veranstaltung zu besuchen.

Russlanddeutsche: Ohne politische Heimat

Über die zweitgrößte Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund wird deutlich seltener gesprochen – es sind die 2,6 Millionen Spätaussiedler, sie stammen vor allem aus der ehemaligen Sowjetunion.

Waldemar Meser sieht, wie sich seine Heimat verändert. Nicht das Land, wo er einst im fernen Irkutsk, Sibirien, geboren wurde, sondern die Gegend rings um das kleine Reihenhaus, das er in Haidach bewohnt: Das Stadtviertel von Pforzheim mit seinen rund 8500 Einwohnern auf einem Hügel außerhalb des Zentrums ist eine von Russlanddeutschen bevorzugte Wohngegend.

> **»Die russische Sprache wird immer dominanter in unserem Stadtteil.«**
>
> Waldemar Meser, Aussiedler

Meser Foto: Gottfried Stoppel / DER SPIEGEL

Allerdings sind auch sie keine einheitliche Gruppe: Die erste Generation der Aussiedler musste dafür werben, dass man sie überhaupt als Deutsche akzeptiert. Meser, 70, der schon in den Siebzigerjahren nach Deutschland gekommen war, schaffte es, indem er bei der Berufsfeuerwehr Pforzheim arbeitete und sich nebenbei im Stadtteil engagiert, bis heute. Er hat drei Kinder, mehrere Enkel, im Viertel scheint ihn eigentlich jeder zu kennen.

Die nächsten Generationen, erzählt Meser, seien schon in Deutschland aufgewachsen, hätten hier die Schule abgeschlossen und eine Ausbildung gemacht. Die Arbeitslosenquote im Stadtteil ist gering.

Und dann sind da die in jüngerer Zeit Eingewanderten. »Die russische Sprache wird immer dominanter in unserem Stadtteil«, sagt Meser. Sie vereine die verschiedenen Zuwandergenerationen und Herkunftsländer.

Bundesweit bekannt wurde Buckenberg-Haidach mit seinen gepflegten Hochhäusern und Einfamilienhäusern durch das Abstimmungsverhalten: 43 Prozent der Wählerinnen und Wähler hier gaben bei der Landtagswahl 2016 der AfD ihre Stimme, 2021 waren es immerhin noch 31 Prozent.

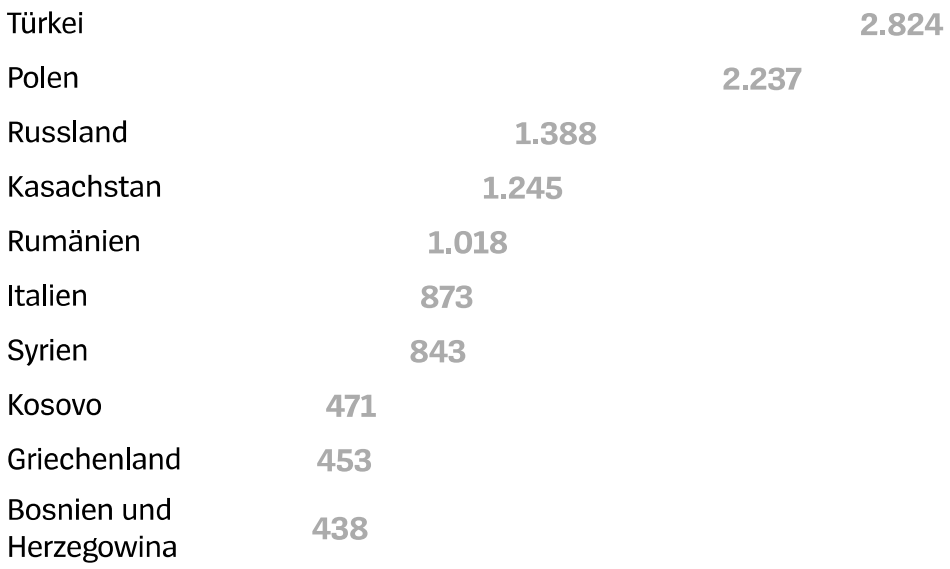
Meser, Mitglied des CDU-Kreisverbandes, möchte diese Zahl verringern. Doch beim Wahlkampf auf dem örtlichen Wochenmarkt hatte er es schwer. Die Russlanddeutschen galten einmal als sicheres Wählerreservoir für die Union, schließlich holte Bundeskanzler Helmut Kohl dereinst die Aussiedler in großer Zahl nach Deutschland.

Viele der Heimkehrer, denn so fühlten sie sich, vertreten traditionelle Werte: Sie halten die klassische Familie hoch, Brauchtum und Glaube, die meisten von ihnen sind Christen.

Doch das Bündnis zwischen der Union und den Russlanddeutschen ist brüchig geworden, nicht nur in Richtung der AfD. Eine Gruppe von Politikwissenschaftlern der Universitäten Duisburg-Essen und Düsseldorf sowie des Dezim-Instituts Berlin befragt seit Juni Russlanddeutsche in Nordrhein-Westfalen zu ihren politischen Einstellungen, im Vergleich zu Deutschtürken, Deutschen mit anderem Migrationshintergrund und Deutschen ohne solchen.

Neue Heimat

Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland 2019, nach häufigstem Geburtsland bzw. Geburtsland ihrer Eltern, in Tausend



Erste Befunde: Die AfD-Vorliebe ist bei den Zugewanderten aus der ehemaligen Sowjetunion höher als in den Vergleichsgruppen, liegt aber unter zehn Prozent. Am

beliebtesten ist immer noch die CDU, auf dem zweiten Platz folgen schon die Grünen. Auffällig: »Die Russlanddeutschen weisen den geringsten Anteil von Befragten auf, die die Bundestagswahl für wichtig oder sehr wichtig halten«, sagt Achim Goerres, der die Untersuchung leitet.

So ergibt sich am Ende der Ära Merkel das Bild, dass viele Deutschstämmige aus Russland im Alltag häufig gut integriert sind, im Schulsystem und in den Betrieben viel leisten, ihnen

unzufrieden. Sie standen eher auf der Seite der Bewahrer, wie bei der Wehrpflicht, der Atomkraft oder der Ehe für alle. Das Idealbild einer Einwanderungsgesellschaft betrachten sie eher skeptisch, vielleicht weil sie sich selbst nur zum Teil als solche sehen. Und auch, weil sie die Spannungen zwischen verschiedenen Volksgruppen in der Sowjetunion noch im Hinterkopf haben.

Der auf der Krim geborene deutsche Autor Nikolai Klimeniouk macht aber auch russischsprachige Medien dafür verantwortlich. Diese stellten in der Regel Migration als das dringendste gesellschaftspolitische Problem Deutschlands dar, schreibt Klimeniouk in einem Text für die Bundeszentrale für politische Bildung. »Selbst relativ moderate Zeitungen verbreiten ein Bild, das weitgehend mit rechten Diskursen übereinstimmt.«

»Davon werden wir nicht reich. Aber es reicht. Das Wichtigste ist, ein gutes Vorbild für die Kinder zu sein.«

Bilal Ibrahim, Imbissbetreiber

Syrer Ibrahim vor seinem neu eröffneten Imbiss im Ostseebad Rerik Foto: Frank Hormann / DER SPIEGEL

Im Jahr 2016 fanden in mehreren Städten Proteste Russlanddeutscher statt, die gegen Geflüchtete, Muslime und eine vermeintlich unfähige Justiz demonstrierten. Hintergrund war der Fall Lisa. Ein russischstämmiges Mädchen, das angegeben hatte, durch »Südländer« verschleppt und vergewaltigt worden zu sein. Die Polizei ermittelte und kam zum Schluss, dass das Mädchen die Geschichte der Entführung erfunden hatte. Viele der Demonstranten glaubten aber, die deutschen Behörden wollten Verbrechen von Migranten vertuschen.

Der Willkommenskultur, die Angela Merkel sich im Jahr 2015 für Deutschland wünschte, begegneten russlanddeutsche Kreise eher mit Zurückhaltung.

Schawarma im Ostseebad Rerik

»Wir schaffen das«, sagte die Kanzlerin am 31. August 2015 in der Bundespressekonferenz. Es ist ihr berühmtester Satz. Sie wird an ihm gemessen.

Bilal Ibrahim war früher einmal Schneider, seine Frau Dalal Geschichtslehrerin. Heute betreiben sie zusammen einen Imbiss im Ostseebad Rerik, den »Ibo-Grill«. Ibo ist der Spitzname für Ibrahim. Die beiden kommen aus einem

kleinen Ort in der Nähe der syrischen Hauptstadt Damaskus. Nach dem Beginn des Krieges flüchteten sie mit den drei Kindern in den Libanon. Im Frühjahr 2015 schlug sich Bilal Ibrahim allein über die Türkei, Griechenland und die Balkanroute bis nach Deutschland durch. 40 Tage sei er unterwegs gewesen, sagt er.

Vom bayerischen Passau fuhr er nach Berlin, von dort wurde er nach Mecklenburg-Vorpommern gebracht und landete am Ende in Neubukow, in der Nähe von Rostock. 2016 durfte er Dalal und die Kinder nachholen. Rerik mit seinen gut 2000 Einwohnern ist der Nachbarort, dorthin pendelt das Paar jeden Tag zur Arbeit.

Den Imbiss am Bahnhof haben sie erst vor ein paar Wochen eröffnet. »Endlich«, sagt Ibrahim, 40. »Davon werden wir nicht reich. Aber es reicht. Und das Wichtigste ist, ein gutes Vorbild für die Kinder zu sein.« Er stellt den Dönergrill aus und setzt sich draußen an einen Tisch. Die letzten Mittagsgäste, ein paar Jugendliche, stehen auf und gehen. »Tschüss Ibo«, ruft einer. Der Syrer lächelt.

Rerik sei wie »eine große Familie«, sagt er. Jeder kenne jeden. »So wie das bei uns in der Heimat war.« Auf der Karte des Ibo Grills stehen arabische Spezialitäten: Falafel, Schawarma, Tabouleh. Es gibt aber auch Calzone, Gyros, die türkische Pizza Lahmacun und Currywurst. Man könnte sagen: best of Einwanderungsland.

Anfangs habe er überlegt, wieder als Schneider zu arbeiten, erzählt Ibrahim. Er spricht inzwischen fließend Deutsch. Für einen eigenen Laden habe er am Ende aber schlechte Chancen gesehen. Es gebe schon einen Vietnamesen und einen Deutschen mit einer Schneiderwerkstatt.

Der Soziologe Hartmut Esser von der Universität Mannheim sieht vier wichtige Dimensionen bei der Integration von Zuwanderern: eine kulturelle, bei der es vor allem darum gehe, die Sprache zu erlernen. Eine strukturelle Dimension, die die Teilhabe an den Bildungsinstitutionen beschreibe und

persönliche Beziehungen in der neuen Heimat knüpfen können. Und die emotionale Integration beziehe sich auf ein Loyalitäts- und Zugehörigkeitsgefühl.

Aus wissenschaftlicher Sicht hat sich Ibrahim also hervorragend integriert. Was den Arbeitsmarkt betrifft, ist das keine Selbstverständlichkeit. Dem Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge bezieht mehr als die Hälfte der Zuwanderer aus Asylherkunftsländern Sozialleistungen. 38 Prozent der Menschen haben es geschafft, eine Beschäftigung zu finden, Praktika und Minijobs mit eingerechnet.

Über Syrer, die sich wie die Ibrahims selbstständig machen, liest man in Lokalzeitungen häufig: eine Nussrösterei in Oberhausen, ein Friseur in Meppen, eine Käserei in Herten im Ruhrgebiet. Doch leicht machen es ihnen die deutschen Behörden nicht gerade.

Denn wer einen Asylantrag stellt, erhält zunächst nur einen befristeten Aufenthaltstitel und muss diesen meist in den Anfangsjahren immer wieder verlängern lassen. Dadurch ist es schwierig, überhaupt einen Kredit bei einer Bank zu bekommen. Die Ibrahims konnten den leer stehenden Imbiss am Bahnhof nur anmieten, weil ein Bekannter den Vertrag mit einer Fünfjahreslaufzeit unterschrieben habe, sagt Ibrahim. Sie seien nun die Untermieter. Das Startkapital sammelten sie bei Freunden und Bekannten ein. »Wir bezahlen das jetzt nach und nach ab«, sagt er. »Wir kriegen das hin.«

»Es ist so schön ruhig und fühlt sich sicher an.«

Dalal Ibrahim, Geflüchtete aus Syrien und Imbissbetreiberin in Rerik

Das Ehepaar Ibrahim würde gern von Neubukow nach Rerik ziehen. Das Pendeln strengt an. Beide sind den ganzen Tag im Imbiss, die Kinder, 14,12 und 11 Jahre alt sind dann allein zu

Hause. »Ich finde das nicht gut. Aber sie wollen nicht, dass wir umziehen. Wegen ihrer Freunde. Und sie mögen die Schule«, sagt Dalal Ibrahim, die sich neben ihren Mann gesetzt hat.

Dalal sagt, sie möge das Leben an der Ostsee. »Es ist so schön ruhig und fühlt sich sicher an«, sagt sie. »Aber meine Eltern und der Rest der Familie fehlen mir sehr. Die Kinder brauchen doch Oma und Opa.« Immer häufiger gebe es in der Region Damaskus Stromausfälle. Gespräche per Videochat seien schwierig.

Ihr ältester Sohn vermisse Syrien ebenfalls sehr. Bei ihrem 12-Jährigen sei das schon seltener der Fall. Die Erinnerungen der elfjährigen Tochter seien fast verblasst. Es ist Dalal Ibrahim anzumerken, wie sehr sie der Verlust der alten Heimat belastet. Auch das gehört zu einem Einwanderungsland, die Krisen und der Schmerz der Welt kommen ganz nah.

»Wir treten jetzt in eine ganz neue Phase ein«

Wie sollen so viele unterschiedliche Menschen mit ihren ganz eigenen Sorgen und Nöten zu einer harmonischen Gesellschaft verschmelzen? Deren Bedürfnisse sich nicht nur von Herkunftsland zu Herkunftsland unterscheiden, sondern auch noch von Generation zu Generation? Kann man von einem Wir in Deutschland noch sprechen? Und ist das überhaupt nötig?

»Wir treten jetzt in eine ganz neue Phase ein«, sagt die Berliner Migrationsforscherin Naika Foroutan. »Nach jahrzehntelangem Ringen hat Deutschland nun anerkannt, wie heterogen diese Gesellschaft ist. Keiner würde mehr bestreiten, dass Migration uns stark geprägt und verändert hat.« Nun gehe es darum, sich auf allen Ebenen und in allen Institutionen an diese Realität anzupassen. »Kuschelig wird das nicht«, sagt die Direktorin des Deutschen Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung. »Nun stehen die Verteilungskämpfe um Macht und Positionen an.« Deutsche mit Migrationshintergrund sind in den vergangenen Jahren in Schlüsselpositionen in Medien, Politik und

Wirtschaft aufgerückt. ZDF-Moderatorin Dunja Hayali ist eines der bekanntesten Gesichter der deutschen Fernsehlandschaft. Belit Onay von den Grünen wurde 2019 zum Oberbürgermeister von Hannover gewählt und ist damit der erste Deutschtürke, der einer deutschen Großstadt vorsteht. Und wer hat in diesem Jahr mehr von sich reden gemacht als die Medizinerin Özlem Tureci und ihr Mann Uğur Şahin, die den Biontech-Impfstoff gegen Corona entwickelten?

Migrationsexpertin Foroutan in Berlin: »Wir treten jetzt in eine ganz neue Phase ein.« Foto: Janine Schmitz / photothek / IMAGO

Es sind Menschen mit Einfluss. »Das alles führt natürlich auch zu Abwehrreaktionen und Konflikten«, sagt Foroutan. »Ich halte das aber für einen sehr normalen Prozess. Das kann uns ruhig optimistisch stimmen.«

Woche für Woche gibt es Debatten darüber, dass Unternehmen, Behörden und Medienhäuser nicht divers genug aufgestellt sind, dass der Bundestag zu alt, weiß und männlich ist. Die Berliner Grünen fordern in ihrem Wahlprogramm eine Migrantenquote für die öffentliche Verwaltung. Wiederholt zogen Muslima mit Kopftuch vor Gericht, weil sie nicht hinnehmen wollen, dass sie nicht im öffentlichen Dienst arbeiten dürfen. Als im vergangenen Jahr der Afroamerikaner George Floyd in Minneapolis von einem

Polizisten getötet wurde, gingen auch in Deutschland Zehntausende auf die Straße, um gegen Rassismus zu demonstrieren.

»Wenn Integration gelingt, wird die Gesellschaft nicht homogener, nicht harmonischer, nicht konfliktfreier. Im Gegenteil«, sagt der Soziologe Aladin El-Mafaalani von der Universität Osnabrück dazu. Er hat dafür den Begriff »Integrationsparadoxon« gefunden. Immer mehr und immer unterschiedlichere Menschen säßen am Tisch und wollten ein Stück vom Kuchen. »Wieso sollte es ausgerechnet jetzt harmonisch werden?«, fragt er.

Auch SPD-Politikerin Sawsan Chebli hat eine klare Forderung an die neue Regierung: »Das Kabinett darf nie wieder so weiß werden wie das letzte.« Chebli war drei Jahre lang die stellvertretende Sprecherin von Frank-Walter Steinmeier (SPD), als dieser noch Außenminister war. Seit 2016 ist sie verbeamtete Staatssekretärin und Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund. Seitdem sie etwas zu sagen habe, werde sie mit Hass und Rassismus überschüttet, sagt sie. »Ich erfülle drei Feindbilder: Frau, Migrantin, Muslima.« Chebli denkt trotzdem nicht daran, »sich zu verstecken oder mundtot machen zu lassen«. Auf Twitter folgen ihr fast 100.000 Menschen. »Ich wollte schon immer die Realität verändern und mitentscheiden«, sagt sie. »Und ich habe ein großes Bedürfnis, es Menschen, die eine ähnliche Geschichte haben wie ich, leichter zu machen, nach oben zu kommen.« S

Diskutieren Sie mit

Feedback

ANZEIGE

Solaranlage fürs …

ANZEIGE

Joyn

ANZEIGE

Das Verbraucher …